

SPD - Fraktion im Stadtrat Dresden



Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel.: 0351 - 488 2688
Fax: 0351 - 488 2056

Landeshauptstadt Dresden					
Büro der Oberbürgermeisterin - Abt. Stadtratsangelegenheiten					
PD	OB	OS	Nr.:	zK	zSt
AD	ARat		317	zErI	bR
RD	PaLA		8. MAI 2013	WV	
Sekr.	Fin.			ZA	
CDU	BG 90	LINKE.	BF		
	FDP	o.F.			

Datum: 08. Mai 2013

Ergänzungsantrag SPD-Fraktion

Gegenstand:

V1987 Jugendhilfeplanung für die Leistungsbereiche „Kinder-, Jugend- und Familienarbeit“ (TOP 20)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt ergänzt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nochmals zu prüfen,

- wie sich die Nichtberücksichtigung des Migrationsanteils beim Benachteiligungsindex sowie des Weglassens der Studentenzahlen beim Demographieindex auf den daraus abgeleiteten Fachkräftebedarf auswirkt.
- Dabei ist auch darzulegen, wie die Angebote des stadtweiten Handlungsfelds Migration stadträumlich zugeordnet werden. Ferner sind die Fachkräftebemessungen und Maßnahmeempfehlungen abzugleichen mit den Maßnahmeerfordernissen, wie sie sich aus dem Lebenslagenbericht, dem Bildungsbericht und dem Integrationskonzept ergeben, und so auf ihre Plausibilität zu überprüfen.
- Die Ergebnisse der Analysen sind dem Jugendhilfeausschuss bis Juli 2013 vorzulegen, mit den Fach-AGs in der Zusammenschau auf Stimmigkeit zu erörtern und anschließend bei der Erstellung von Fördervorlagen zu beachten.

Begründung:

Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationsanteil ist unbestritten ein wichtiger Faktor für den Bedarf an Jugendhilfeleistungen. Es ist zweifelhaft, ob die gesonderte Bewertung dieses Aspektes auf gesamtstädtischer Ebene den stadträumlichen Bedarf angemessen berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere die Stadtteile Friedrichstadt, Johannstadt sowie Plauen/Zschernitz und die Neustadt. Das Weglassen der Studenten hat ebenfalls erhebliche Auswirkungen, da sich die Studenten in nur wenigen Stadträumen, wo es preiswerten Wohnraum gibt, konzentrieren.

Beide Faktoren kumulieren sich zum Teil in den Wirkungen und führen dazu, dass die berechneten Kürzungen bei der Fachkräftebemessung zum Teil in erheblichen Widerspruch stehen zu den stadträumlichen Bedarfen, wie sie aus dem Lebenslagenbericht, dem Bildungsbericht und aus anderen Sozialraumstatistiken ableiten ließen. Auch wenn der Teilfachplan „nur“ ein strategisches Zielpapier ist, erscheint eine Überprüfung der Plausibilität der Fachkräftebemessung darum sinnvoll. Es muss sichergestellt sein, dass der Bedarf entscheidend ist und nicht ungewollte statistische Effekte.

Dr. Peter Lames
Fraktionsvorsitzender